

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)

Hessen

Wahlprogramm

Landtagswahl Hessen 2008

So leben, daß Zukunft bleibt!

Wir setzen uns dafür ein, daß endlich eine Politik betrieben wird, bei der auch nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben und auch die Tiere und Pflanzen leben können. Erforderlich ist eine NACHHALTIGE Politik der Art: „global denken und regional handeln“. Sustainable development im Sinne der Umwelt-, Klima- und Entwicklungskonferenz von Rio de Janeiro (1992). Diese fordert die Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen- sowohl im Sinne einer originären Umwelt- und Naturschutzpolitik als auch einer nachhaltigen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Das bedeutet aber auch Abschiednehmen von einigen liebgewonnenen Verhaltensweisen, insbesondere des exzessiven materiellen Konsums, der die Grenzen des Wachstums nicht beachtet: Weniger Verschwendung bedeutet mehr Zukunft für uns und kommende Generationen. In Hessen und auf der ganzen Erde.

Inhaltsverzeichnis:

So leben, daß Zukunft bleibt	1
A Erhalt der Lebensgrundlagen - nachhaltig wirtschaften	2
1. Lebensraum erhalten- Flächenverbrauch stoppen	2
2. Naturschutz für Hessen	2
3. Für eine echte ökologische Wende in der Verkehrspolitik	3
3.1.Verkehrsvermeidung- Ja zum Laden um die Ecke	3
3.2. Ja zum Recht auf ÖPNV-, Fahrrad- und Fußweg-Anbindung	3
3.3. Modellprojekt: Freifahrt für freie Bürger mit dem ÖPNV	3
3.4. Die Verkehrshaushaltsmittel im wesentlichen für Investitionen einsetzen	4
3.5. So wird der eigene PKW für Gepäcktransporte überflüssig	4
3.6. Nein zum Flughafenausbau	4
3.7. Nein zu weiterem Fernstraßenbau	5
4. Energiesparen und erneuerbare Energien fördern	5
5. Tierschutz	5
6. Landwirtschaft & Forsten	5
7. Gesundheit	6
7. Kreislaufwirtschaft	6
B Gemeinschaft stärken	7
1) Familienfreundliche Politik: Erziehungsgehalt	7
2) Schutz der Ungeborenen	7
3) Bildungspolitik = Zukunftsinvestition.....	7
4) Mehr Demokratie wagen - Bürgerbeteiligung fördern	9
5) Beschäftigung schaffen - verkrustete Strukturen aufbrechen.....	9
6) Armutsbekämpfung	9
7) Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung.....	10
8) Nein zur Gewalt in den Medien	10
9) Für eine schuldenfreie Zukunft - ja zu ausgeglichenem Landeshaushalt.....	10

A Erhalt der Lebensgrundlagen - nachhaltig wirtschaften

1. Lebensraum erhalten- Flächenverbrauch stoppen

Wir wollen, daß Lebensraum erhalten und qualitativ aufgewertet wird. Der Stop des Flächenverbrauchs kombiniert mit einer umwelt- und sozialverträglichen Verkehrspolitik muß wichtigstes Ziel ökologischer Politik sein, da gerade in diesem Bereich bisher alle Bemühungen der Regierungen Eichel/Fischer und Koch/Posch sich als halbherzig erwiesen. Jeden Tag werden gegenwärtig gut 10ha hessenweit zugebaut. Für über 1/3 davon ist der Autoverkehr verantwortlich. Der Flächenverbrauch bewirkt auch regionale und globale Klimaänderungen, u.a. über eine Änderung von Wasser- und Strahlungshaushalt. Außerdem kommt es zum Aussterben von Arten und im Extremfall auch Biotopen infolge zu geringer Flächengrößen und/oder Biotopzerschneidungen der Natur. Der Flächenverbrauch ist aber auch sozialpolitisch problematisch, so gibt es mehr Parkplatzfläche als Fläche für Kinderzimmer, und auch wirtschaftspolitisch, denn die großen Betriebsparkplätze würden ökonomisch sinnvoller als Produktionsfläche genutzt. Aus diesem Grund ist langfristig dem weiteren Flächenverbrauch mit Erfolg entgegenzuwirken.

- Dazu kann an ein Zertifikatssystem gedacht werden, welches analog zum Handel mit Emissionen funktionieren könnte.

2. Naturschutz für Hessen

Eine intakte Natur ist für die gesunde Entwicklung der Kinder und eine hohe Lebensqualität der Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Daher muß dem Naturschutz eine verstärkte Bedeutung zukommen.

- Es sind mehr Flächen als bisher unter strengere Naturschutzkategorien zu stellen. Mindestens 10-15% der Fläche Hessens sind als ausgesprochene Vorranggebiete für die Natur auszuweisen. So ist auch im Naturpark Kellerwald eine Kernzone auszuweisen, in der die Forstwirtschaft beendet wird, insbesondere zum Zweck der Erhaltung der alten Buchenbestände. Diese Kernzone ist so groß wie der von den Naturschutzverbänden geforderte scharfe Schutzbereich des Nationalparks. Der Naturpark ist als Biosphärenreservat auszuweisen, was auch den Ökotourismus fördern wird.
- Verstärkte Beteiligung der Naturschutzverbände bei geplanten Eingriffen.
- Schaffung von ausreichend großen Naturwaldzellen zu jeder in Hessen vorkommenden natürlichen Vegetation, z.B. Hainsimsen-Buchenwald, Eichen-Hainbuchenwald, Eßkastanienmischwald, aber auch selteneren Pflanzengesellschaften, z.B. Felsenahorngebüsche.
- Infomaßnahmen und ÖPNV-Anbindung zu sehenswerten Naturobjekten in Wald und Flur, um mehr Verständnis für die Natur einerseits zu entwickeln, andererseits Fernreisen teilweise durch Naherholung vor Ort zu ersetzen. In diesem Rahmen sind auch Öko- und Kulturtourismusprogramme unterer besonderer Berücksichtigung der Naherholungssuchenden und Anwohner der aufgesuchten Gebiete zu entwickeln.
- Der Olympiabewerbung des Rhein-Main-Gebiets unterstützen wir nur bei Einhaltung strenger ökologischer Rahmenbedingungen.

3. Für eine echte ökologische Wende in der Verkehrspolitik

3.1. Verkehrsvermeidung- Ja zum Laden um die Ecke

Außer dem Flächenverbrauch ist ein Problem des Verkehrs auch die hohe Zahl an Unfallopfern, die gebietsweise, z.B. in Frankfurt, in den letzten Jahren sogar noch weiter angestiegen ist. Hinzukommt der auch in Hessen weiter gestiegene verkehrsbedingte Ausstoß klimawirksamer Gase (im wesentlichen CO₂) und der immer noch sehr hohe Ausstoß der Stickoxide, die das Waldsterben derzeit am meisten bewirken.

Ein guter Verkehrshaushalt bedingt in Hessen also:

- eine verkehrsvermeidende Politik, die Zersiedelung vermeidet und Lebensqualität vor Ort schafft
- Aufstellung eines **Landesentwicklungsplans, der Verkehrsvermeidung** zur Vorschrift macht (so daß man z.B. fußläufig einkaufen kann) und die Ansiedlung von Gewerbe und Wohnraum ohne vernünftigen ÖPNV-Anschluß sowie Fuß-/Fahrraderreichbarkeit untersagt.
- Ja auch zu autofreien Wohngebieten und größerflächiger Verkehrsberuhigung.

Das ist zunächst einmal nahezu kostenlos zu haben.

- Zur Verkehrsvermeidung ist dezentrale Konzentration geboten, Stadt- und Dorfkern sind zu fördern, während Neubauten auf der Grünen Wiese grundsätzlich abzulehnen sind

3.2. Ja zum Recht auf ÖPNV-, Fahrrad- und Fußweg-Anbindung

Hinsichtlich der Unfallgefahr und auch der Umweltverträglichkeit sind Zu-Fuß-gehen, das Fahrrad und der ÖPNV die mit Abstand günstigsten Varianten. Dazu kommt, daß es etwa einem Viertel der Bevölkerung (Kinder, Jugendliche, Senioren und Behinderte) nicht möglich ist, Auto zu fahren. Deshalb ist und bleibt benutzerfreundlicher ÖPNV auch ein Stück Daseinsvorsorge.

- Einführung der Anbindung des ländlichen Raums auch spätabends und am Wochenende
- Das Regionalbusnetz ist dem überörtlichen Straßennetz anzugleichen, damit sich möglichst kurze Fahrzeiten ergeben. Das bewirkt ein flexibles Verkehrsmittelangebot für die Bevölkerung.
- Das schafft Arbeitsplätze, z.B. für Busfahrer, aber auch im akademischen Bereich (Strecken- und Fahrplanplanung).
- Dabei sind die Busgrößen (z.B. Cito-Midibus oder auch Microbusse) und Busrouten bedarfsabhängiger auszuwählen, um kraftstoff- (damit ökoineffiziente) und geldfressende Geisterbusfahrten mit nur sehr wenigen Fahrgästen zu verringern.

Auch Rufbusse bzw. Ruftaxisysteme haben ihre Berechtigung, besonders im ländlichen Raum oder zu Schwachlastzeiten.

- Kapazitäten für bessere Bustakte werden frei, indem durch zeitversetzte Schulbeginne benachbarter Schulen Busparallelfahrten abgebaut werden können. Dies spart überdies einige Busfahrzeuge ein, die nur für Schulzwecke gekauft wurden.
- Die Erreichbarkeit der Besorgungen des täglichen Bedarfs zu Fuß und mit Fahrrad ist für uns ein wichtiges Ziel.

3.3. Modellprojekt: Freifahrt für freie Bürger mit dem ÖPNV

- Der ÖPNV soll im Vergleich zum Auto das Verkehrsmittel der Wahl sein und muß deshalb finanziell gefördert werden. Um die Effekte aufzuzeigen, die durch eine deutliche Besserstellung des ÖPNV erreicht werden können, setzen wir uns dafür ein, daß zunächst in einer Region in Hessen im Rahmen eines Modellprojekts seine individuelle Nutzung kostenlos ermöglicht wird. Zu finanzieren ist diese Maßnahme durch eine Umlage ähnlich dem des studentischen Semestertickets.

3.4. Die Verkehrshaushaltsmittel im wesentlichen für Investitionen einsetzen

Die Mittel für den Verkehrsbereich sind im wesentlichen wie folgt zu verwenden:

- technischer Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs (z.B. Verkehrsbeschleunigung am Frankfurter Hauptbahnhof, Bau einer Strecke Frankfurt Höchst-Flughafen, aber auch so einfache Dinge wie Haltestellenüberdachungen gegen Regenwetter usw.), Busspurenbau (bzw. -auszeichnung), der Beschaffung und Instandhaltung des Fuhrparks (z.B. neue, energiesparendere Lokomotiven und Niederflurbusse),
- Aufbau eines gut funktionierenden Fuß- und Radwegenetzes (einschl. Bike-and-Ride-Plätze).
- Bildung von interkommunalen Buspools, um die Zahl vorgehaltener Reservebusse verringern zu können. Das spart Geld.

3.5. So wird der eigene PKW für Gepäcktransporte überflüssig

- Förderung der Kommunen bei der Einführung von Kuliservicediensten zur Verringerung des PKW-Verkehrs, Zweck: Lieferung von Waren aller Geschäfte (ab einem gewissen Warenwert oder Gewicht oder Sperrigkeit) der näheren Umgebung an die Bürger.
- Umstellung des gesamten ÖPNV-Fuhrparks auf Niederflur (bei gleichzeitiger Anlage von Hochbordgehsteigen an den Haltestellen), so daß auch Rollstühle, Kinderwagen, Einkaufswagen gut transportiert werden können.
- Zur Abdeckung restlicher Mobilitätswünsche wird der Aufbau eines Car-Sharing-Systems gefördert.

3.6. Nein zum Flughafenausbau:

Hauptprobleme des Flugverkehrs sind die Treibhausgasemissionen (Kohlendioxid, Wasserdampf in der höheren Atmosphäre), Stickoxid und der Lärm. Daher darf das Flugverkehrsaufkommen nicht weiter wachsen.

- Es ist eine Kerosinsteuer (Flugbenzinsteuern) in Höhe der Mineralöl- (bzw. Primärenergie)steuer einzuführen. Dadurch bauen wir eine ökologisch sinnlose Subventionierung des Flugverkehrs ab. Dies allein wird bereits die Expansion des Flugverkehrs verhindern.
- Der innereuropäische Flugverkehr ist auf umweltfreundlichere Schnellstzüge zu verlagern.
- Wir lehnen den Ausbau des Frankfurter Flughafens auch aufgrund der nicht mehr vertretbaren Lärmbelästigung der Flughafenanwohner ab, ebenso den Aus- oder Neubau weiterer hessischer Flughäfen und Flugplätze.
- Ebenso wird ein Ausbau von Frankfurt-Hahn aus hessischer Sicht für nicht erforderlich gehalten.
- Ein Nachtstart- und -landeverbot von 22-6 Uhr ist einzuführen, ebenso der im Mediationsverfahren geforderte Lärmtaler zur Bevorzugung leiserer Maschinen. Bereits heute fliegen ja kaum Personenflugzeuge von 0 bis 5 Uhr. Auch der Frachtverkehr hat sich dem Nachtflugverbot anzupassen, da die Gesundheit der Anwohner höher zu bewerten ist als der schnelle Umsatz von Fracht.
- Die Start- und Landegebühren sind hessenweit nach ökologischen Aspekten zu differenzieren.

3.7. Nein zu weiterem Fernstraßenbau

- Der Fernstraßenneu- und ausbau soll zur Ausnahme werden, bestehende Bauprojekte müssen kritisch überprüft werden. So lehnen wir z.B. den Bau der bereits geplanten Autobahn Olpe – Hattenbacher Dreieck ab, da diese u.a. den Burgwald zerstört
- Die Regelungen des Verkehrs in Hessen sind zugunsten von Fußgängern, Radfahrern, ÖPNV abzuändern, z.B. Vorrangschaltungen für Busse und Straßenbahnen an den Ampeln flächendeckend einzuführen (was über geringere Umlaufzeiten der Fahrzeuge sogar Geld im Endeffekt spart).
- Es sind verstärkt Tempolimits einzuführen

4. Energiesparen und erneuerbare Energien fördern

- Ziel ist eine rohstoff- und energiesparende Kreislaufwirtschaft durch umfangreiche Energiesparmaßnahmen und effiziente Energienutzung durch technische und bauliche Maßnahmen , z.B. Nutzung von Abwärmepotentialen und Wärmedämmung.
- Zusätzliche Förderungen im Bereich erneuerbare Energieversorgung , z.B. kostendeckende Solarstromvergütung und Solarthermieförderung. Im ausreichenden Abstand zu Natur- (besonders Vogel)-schutzgebieten und Wohngebieten ist der Bau von Windkraftanlagen zu forcieren. Auch die Wasserkraftnutzung ist im Rahmen der Umweltverträglichkeit mehr zu fördern, alte Mühlen zu modernisieren, Kostenübernahme für Fischtreppe u.ä. Einrichtungen (auch bei alten Anlagen) durch das Land.
- Die öffentliche Hand hat Energiekonzepte zu erarbeiten, jährliche Energieberichte vorzulegen und Energieberatung für die Kommunen durchzuführen sowie Energiebeauftragte einzustellen.
- Das Kernkraftwerk Biblis ist in der kommenden Legislaturperiode stillzulegen. Die Gefahren eines Supergaus, der ungesicherten Entsorgung und dem Entweichen von klimawirksamen Krypton 85 sind unkalkulierbar.
- Kommunalisierung der Energieversorgung statt langfristiger Verträge mit meist weniger ökologisch orientierten großen Energieversorgungsunternehmen

5. Tierschutz

- Wir stehen für eine artgerechte Tierhaltung ein. Massentierhaltung ist damit unvereinbar. Tierhaltung ist verstärkt zu kontrollieren.
- Anpassung der Wildbestände an die Naturvoraussetzungen für das ökologische Gleichgewicht. Jagd als Maßnahme zu diesem Ziel soll nur als letzte Möglichkeit genutzt werden, denn natürliche Alternativen sind vorzuziehen.
- Verschärfte Kontrollen der Tierhaltung, -Zucht, und -Handels.
- Förderung der tierversuchsfreier Prüfmethode
- Verbot von quälenden, leidvollen Tierexperimenten
- Verbandsklagerecht für den Tierschutz, damit Tierschutzverbände als Anwälte den Tierschutz vertreten können.
- Einsatz eines unabhängigen Tierschutzbeauftragten, der Kontroll- und Klagerecht erhält und Berichte über Tierschutz ablegt.
- Zulassung von pflegeleichten Haustieren (Vogel, Fische, ..) in Seniorenheimen (betreutes Wohnen)
- Beschränkung von gewerbemäßiger Haustierzucht- und Handel durch ein Tierzuchtgesetz, um nicht mehr Haustiere anzubieten als es Nachfrage gibt.

6. Landwirtschaft & Forsten

- Im Wald sind nur noch standortgerechte Baumarten anzupflanzen, Naturverjüngung muß – soweit möglich- Vorrang erhalten. Das Prinzip naturnaher Forstwirtschaft muß allgemeingültig werden.

- Für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft und gesunde Ernährung ohne umweltschädliche Transporte über Tausende Kilometer sind wir auf jeden Landwirt und Gartennutzer angewiesen. Das Einkommen von Klein- und Mittelbetrieben soll durch „Öko-Verträge“ gesichert werden, die zwischen dem Land Hessen und den Landwirten abgeschlossen werden. Der „Öko-Vertrag“ ermöglicht den einzelnen Landwirten naturverträglichen Landbau und artgerechte Tierhaltung sowie Biotoppflege und beinhaltet
 - 1) Die Umstellung der intensiven Landwirtschaft auf naturnahe Anbauweisen
 - 2) Die bäuerliche Existenzsicherung durch das Land. Bindung des Viehbestandes an die Tragfähigkeit der bewirtschafteten Fläche. Verbot chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel, deren Umweltverträglichkeit nicht eindeutig nachgewiesen ist. Gesunde Lebensmittel, eine gesündere Natur und ein Ende des Höfesterbens sind die Folgen.
- Förderung der regionalen Vermarktung.
- Es sind ökologische Vorbildgärten von der öffentlichen Hand anzulegen und private, vorbildliche zu prämiieren, um Gartenbesitzer zu naturnaher, verkehrssparender Eigenerzeugung von Produkten zu überzeugen.
- Ersatz der Sozialbranche u.a. durch Futtermittelanbau statt weiter Herantransporte.
- Ja zur Extensivierung landwirtschaftlicher Nutzflächen, nein zur Aufgabe weiter Höfe und Flächenstilllegung. Flurbereinigung nur auf Wunsch der Betroffenen und unter ökologischen Vorgaben.
- Wiederherstellung kleinstrukturierter, vielfältiger Lebensräume mit Biotopverbund.

7. Gesundheit

- Wer gesund leben möchte, soll gesund leben können. Daher stehen wir für einen verstärkten **Nichtraucherschutz**. Im öffentlichen Raum ist generell ein Rauchverbot durchzusetzen. Das ausdrückliche Recht auf einen rauchfreien Arbeitsplatz ist einführen. Als Normalfall stellen wir uns nicht die Diskriminierung von Rauchern vor sondern gut zugängliche und trotzdem abgetrennte Rauchbereiche. In Behörden, öffentlichem Verkehr, Gaststätten etc. muß dafür gesorgt werden, daß Nichtraucher auch nicht indirekt dem Rauchen ausgesetzt werden
- **Mobilfunk**: Veröffentlichung aller Mobilfunksender, die Anlagen sind baugenehmigungspflichtig zu machen, da Gefahren von ihnen ausgehen. Die Baupläne sind zu veröffentlichen, um Initiativen der betroffenen Bürger für mehr Lebensqualität und nachhaltige Wohnqualität ohne Strahlenbelastung starten zu können, strengere Grenzwerte einzuführen, die Forschung über Gefahren ist zu intensivieren. Von besonders sensiblen Bereichen wie Kindergärten und Schulen haben Mobilfunkanlagen einen hohen Sicherheitsabstand zu halten.
- **Gentechnik** ist nur in der Medizin unter Einhaltung ethischer Kriterien einzusetzen, sonst zu verbieten. Dabei darf die Menschenwürde niemals verletzt werden. Jedes Experimentieren mit menschlichen embryonalen Stammzellen und jedes Klonen mit Hilfe solcher Zellen ist uneingeschränkt zu verbieten. Präimplantationsdiagnostik lehnen wir ab, desgleichen auch die „grüne“ Gentechnik, d.h. Genmanipulation an Pflanzen und Tieren. Keine Weitergabe von Gentechnikdaten an Krankenkassen und Arbeitgeber.

8. Kreislaufwirtschaft

- Die im Landesabfallgesetz enthaltene Verpflichtung der Kommunen, ein Abfallkonzept zu erarbeiten, muß nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein, d.h. das Ziel der Kreislaufwirtschaft enthalten. Dies wird neue Deponien überflüssig machen.
- Einführung einer Sonderabgabe für Sonderabfälle
- Favorisierung biologisch-mechanischer Restmüllbehandlung gegenüber der Müllverbrennung.
- Keine weiteren Müllverbrennungsanlagen.
- Emissions/Immissionsgesetze sind dem Fortschritt der Erkenntnis der Schädlichkeit von Produkten entsprechend zu verschärfen.
- Konsequentes Unschädlichmachen von Altlasten

B Gemeinschaft stärken

1) Familienfreundliche Politik: Erziehungsgehalt

Die Familie hat sich als die geeignetste Form des Zusammenlebens bewährt. Das Land ist gut beraten, im Sinne der Hessischen Verfassung an der vorrangigen Förderung dieser Lebensform festzuhalten. Wir sind für eine Stärkung des eigenverantwortlichen Handelns der Familien und gegen eine staatliche, entmündigende Vereinnahmung.

Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Männern und Frauen sind nach wie vor ein wichtiges Thema unserer Gesellschaft. Angesichts der Verschiedenheit von Männern und Frauen, die wissenschaftlich belegt ist, setzen wir uns ausdrücklich für eine Gleichberechtigung der Geschlechter ein, die mehr als eine schematische Gleichbehandlung ist. In einer Zeit, in der die herkömmliche Rollenverteilung der Wirklichkeit weithin nicht mehr entspricht, streben wir Regelungen an, die der Identität der Geschlechter und die Bezogenheit zueinander nicht verleugnen. Wir fordern deshalb eine Handhabung des Sorgerechts und des Umgangsrechtes bei Scheidungen durch die Behörden, die sich nur an die Gesetze und nicht an veralteten Rollenvorstellungen von Mann und Frau hält. Ausdrücklich fordern wir, dass jede Benachteiligung eines leiblichen Elternteils bei unehelichen Kindern aufhört.

- Wir wollen den Einstieg in die entlohnte Familienarbeit. Ein Elternteil, das sich ganz der Erziehung bzw. der Pflege von alten oder hilfsbedürftigen Angehörigen widmet, hat Anspruch auf eine Entlohnung. Damit soll gesichert werden, daß die Familienarbeit aufgewertet und als gesellschaftlich höchst erwünschte und sinnvolle Tätigkeit anerkannt wird.
- Dieses Gehalt (bei Alleinerziehenden ist ein entsprechendes Modell als Grundeinkommen zu entwickeln) kann bisher gewährte Sozialleistungen weitgehend ersetzen.
- Die Finanzierung erfolgt hauptsächlich über Einsparung von Arbeitslosengeld.
- Stärkere Förderung außerhäusiger Kurzzeitpflegeplätze.

2) Schutz der Ungeborenen

Die Politik der ödp ist geprägt durch das ethische Gebot der Ehrfurcht vor der Schöpfung. Lebensgrundlagen und Leben zu schützen ist für uns Ökologische Demokraten daher oberstes politisches Ziel. Lebensschutz ist für uns nicht teilbar. Deshalb wenden wir uns gegen die Tötung ungeborenen Lebens. Wir wenden uns auch dagegen, Abtreibung unter der Überschrift „Selbstbestimmungsrecht“ zu diskutieren und das ungeborene Leben fristenweise aus der Rechtsgemeinschaft auszuschließen. Darin fühlen wir uns in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt. Wir wissen aber auch, daß das Strafrecht dort nur begrenzte Wirkung hat, wo die Einstellung der Menschen und der Gesellschaft defizitär ist oder aber die Lage der Betroffenen ans Ausweglose grenzt. Abtreibung ist ein gesellschaftliches Problem und nicht nur das der einzelnen Frau. Wir alle müssen verstärkt dafür eintreten, daß durch ethisch fundierte und medizinisch-sachliche verantwortliche Aufklärung ungewollte Schwangerschaften verhindert werden und soziale Gründe für den Abtreibungsgedanken erst gar nicht entstehen können! Deshalb fordern wir:

- Aufklärungsunterricht in den Bildungsanstalten klar wert- und zielorientiert zugunsten des Lebensschutzes (auch aber nicht nur das ungeborene Leben betreffend, sondern der gesamten Schöpfung gegenüber), z.B. im Biologie-, Religions-, Ethik- und Gemeinschaftskundeunterricht
- Massive familiäre, soziale, seelische und finanzielle Hilfen für Schwangere (und deren Angehörige) in Not, die ihr Kind bejahen, im Rahmen differenzierter Hilfsmodelle.
- Einführung eines Landeslebensrechtsbeauftragten, der über die Situation wacht und Verbesserungsvorschläge zum Schutz Ungeborener ausarbeitet, die Regierung und Öffentlichkeit vorgelegt werden.
- keine Benachteiligung der Förderung von Schwangerenkonfliktberatungsstellen, die keine „Scheine“ ausstellen
- Verbot verbrauchender Embryonenforschung, stattdessen adulte Stammzellforschung.
- Klonverbot in die Verfassung

- Klare wertorientierte Erziehung in den Bildungsanstalten zugunsten des Lebensschutzes

3) Bildungspolitik = Zukunftsinvestition

- Einstellung von mehr Lehrern, besonders in den unteren Klassenstufen
- Verstärkte Bildung und Forschung im Bereich Umwelt- und Naturschutz, Wechselwirkungen von Mensch und Natur
- Praxisnaher Unterricht: Vom Wissen zum Handeln. Stärkung der Verantwortungsbereitschaft junger Menschen.
- Erziehungsgehalt statt massive Förderung der Ganztagsbetreuung. So können Eltern unabhängig entscheiden, wie sie ihr Kind erziehen oder erziehen lassen wollen.
- Jedes Kind muß die Möglichkeit haben, in Wohnortnähe auf eine Schule des gliederten Schulsystems ohne Förderstufe zu gehen, da bei vielen Kindern die Eignung bereits nach dem 4.Schuljahr feststeht. Ja aber auch zu einem breiten Angebot an Schulen in freier Trägerschaft. Dabei haben auch so unterschiedliche Angebote wie kirchliche Schulen und Waldorfschulen ihren Platz. Dazu sind allen Schulen pro Schüler dieselben Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die Begabungsgleichheit aller Schüler gibt es nicht, daher kann auch eine Zwangs- Gesamtschule integrierter Art keine Lösung sein.
- Ja zur besseren Durchlässigkeit der verschiedenen Schultypen.
- Aktualisierung der Lehrpläne
- Förderung der Deutschkenntnisse der nicht deutschsprachigen Ausländerkinder. Erst wenn die Kenntnisse ausreichend sind, Einschulung in die deutsche Regelschule.
- Einigung der Kultusminister auf einheitliche Schwierigkeitsgrade des durchzunehmenden Unterrichtsstoffs, um Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse zu gewährleisten.
- Weitestgehende Integration von Behinderten in den normalen Schulalltag.
- Grundschulen sind auch in kleineren Orten wieder verstärkt anzubieten.
- In öffentlichen Einrichtungen und in der Ausbildung darf niemand aufgrund der Verweigerung von Tierversuchen benachteiligt werden.
- Verstärkte Unterstützung kreativer Ideen, durch z.B. die Übernahme von Patentkosten bei finanziell schwachen Erfindern
- Aufstockung der Mittel für Hochschulen als Investition in den Wissenschaftsstandort Hessen
- mehr Eigenverantwortung der Unis durch eigene Studienpläne und Schaffung eines Globalhaushalts für die Unis
- Anerkennung der Zwischenprüfungen als berufsqualifizierenden Abschluß
- Erhaltung der verschiedenen Schwerpunkte der Hochschultypen: Fachhochschule, Universität, Berufsakademie. Im Gegenzug muß der Wechsel zwischen den einzelnen Typen erleichtert werden, unter anderem durch vereinfachte Anerkennung von Prüfungsleistungen beim Wechsel.
- Förderung der didaktischen Fähigkeiten des Uni-Lehrpersonals
- Förderung der Interdisziplinarität
- Technologien mit schwer kalkulierbaren Risiken sind nur in Forschungszentren mit öffentlicher Kontrolle unter entsprechend strengen Auflagen zu erlauben.
- Förderung von Waldkindergärten, da dieser den kindgerechten Naturbezug fördert

4) Mehr Demokratie wagen - Bürgerbeteiligung fördern

- Stärkung von Elementen direkter Demokratie, d.h. Erleichterung von Volksbegehren und Volksabstimmungen, unrealistisch hohe Mindestquoten müssen deutlich gesenkt werden, beispielsweise auf 5%.
- Um unabhängig zu sein, dürfen Abgeordnete, Beamte, Minister keine bezahlten Aufsichtsratsposten, Beraterverträge und ähnliche Verpflichtungen und Tätigkeiten in der Wirtschaft übernehmen. Darüber hinaus müssen Abgeordnete wie Beamte, die sich durch die Annahme von Geld- und Sachzuwendungen von juristische Personen (Betriebe) „bestechen“ lassen, bestraft werden. Das stoppt die Käuflichkeit von Politiker („Korruption“).
- Nullrunde für Landtagsabgeordnete, Fraktionsvorsitzende, Minister u.ä., deutliche Senkung der Rentenansprüche - der Staat muß mit gutem Beispiel vorangehen, wenn er dem Bürger etwas abverlangt.
- Das föderative Prinzip ist zu stärken, der Bund und die EU haben nur das zu entscheiden, wo die Länder zu inkompetent sind, die Kommunen müssen das Recht auf eigene Steuererhebungen erhalten und höhere Schlüsselzuweisungen erhalten.
- Stärkere Mitbestimmung der Studenten in den Hochschulgremien und mehr Kontrolle / Offenlegung von Drittmitteln, um mögliche Interessenskonflikte deutlich zu machen.
- Keine Kürzung der Bürgerbeteiligungen und **Verbandsklagerechte**.
- Abschaffung der 5%- Hürde bei der hessischen Landtagswahl.
- Ermöglichung der Durchführungen von Listenverbindungen bei Landtagswahlen
- Einrichtung eines Parlaments und Wahl zum Nachfolger des Umlandverbands Frankfurt, dem Planungsverband Untermain.
- Stärkung des Ehrenamts durch Kostenübernahmen.
- Einführung eines „Informationsfreiheitsgesetzes“, damit alle Bürger Einsicht in Akten der Landes- und Kommunalverwaltungen erhalten können und transparente Politik ermöglicht.
- Abbau von Mehrfachzuständigkeiten in der Verwaltung führt zu effizienteren, zeitnaher Umsetzung politischer Beschlüsse und Einsparung von Geld sowie mehr Transparenz.
- Reduzierung von Staatssekretär-Posten und politischen Stabstellen in den Ministerien, dafür Schaffung von Bürgerbeauftragten.
- Änderung der Anbindung der Lärmschutzbeauftragten vom Wirtschaftsministerium zum Umweltministerium ergibt mehr Verbraucherschutz.
- Mehr Bürgernähe der Verwaltung durch Bürgerbeauftragte

5) Beschäftigung schaffen- verkrustete Strukturen aufbrechen:

- Arbeitszeitverkürzung auch ohne Lohnausgleich
- Lockerung des starren Flächentarifvertragssystems
- Die Steuerreform für Arbeit und Umwelt der ödp-Bundespartei, die aufkommensneutral eine Primärenergiesteuer und gleich hohe Senkung der Arbeitgeberanteile der Lohnnebenkosten sowie Mehrwertsteuersatzsenkung z.T. auch -abschaffung auf Dienstleistungen, Bahnfahrkarten und Nahrungsmittel beinhaltet, schafft weitere Arbeitsplätze durch niedrigere Lohnstückkosten.
- Das Erziehungsgehalt reduziert die Erwerbstätigkeit von Eltern auf ein gesundes Maß und verringert damit das Arbeitskräfteüberangebot.

6) Armutsbekämpfung

- Das Sozialwesen wie auch die übrigen Behörden sind zu entbürokratisieren und überschaubarer zu machen. Eingesparte Gelder können dann in die praktische Sozialarbeit, Armutsbekämpfung bzw. Umweltforschung u.a. sinnvollere Aufgaben gehen. Es werden also in der Summe nicht Arbeitsplätze abgebaut, sondern unsinnige werden durch sinnvollere ersetzt.
- Kürzungen bei der Armutsbekämpfung sind sozialetisch nicht vertretbar und finanzpolitisch auch verkräftbar, da Hessen trotz derzeit etwas knapperer Wirtschaftslage weiterhin ein wohlhabendes Land ist.
- Durch die Maßnahmen zur Erlangung von Beschäftigung wird Armut überdies verringert.

- Sozial Schwachen soll eine auf sie persönlich zugeschnittene Hilfe gewährt werden (Subjektförderung).

7) Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung

- Wiedereinrichtung kleinerer Polizeiwachen für mehr Bürgernähe,
- Zulagen für Diensterschwernisse,
- verbesserter Opfer- und Zeugenschutz
- eine Verschärfung der Bekämpfung von Menschenhandel, Wirtschaftskriminalität, unerlaubten Waffen-, Drogenbesitzes und Internetkriminalität sowie Handel mit radioaktiven Materials und Vorläuferprodukten für ABC-Waffen, organisierter Kriminalität, Korruption und Schwarzgeldkriminalität
- verstärkte Überwachung und Ahndung von Tempoüberschreitungen von Autos, Stalking und mehr LKW-Kontrollen, denn der Straßenverkehr fordert jährlich hunderte Todesopfer in Hessen.
- Abgeordnetenbestechung muß massiver bestraft werden
- Verbot von Firmenspenden an Parteien
- Offenlegung der Parteieneinnahmen
- Prüfung von Großfirmen auf Spendeneinflüsse an Parteien
- Erhöhung der Bußgelder für Straftäter zur Finanzierung der Inneren Sicherheit und Opferhilfe nach dem Verursacherprinzip.
- Einstellung von uniformierten Hilfspolizisten in den Kommunen, um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen und Kriminelle vor Straftaten abzuschrecken

8) Nein zur Gewalt in den Medien

Obwohl Politiker aus den etablierten Parteien in den Aufsichtsgremien (z.B. Fernsehrat) des öffentlich-rechtlichen Fernsehen sitzen, werden dort zunehmend Gewaltszenen in Nachrichten und Filmen gezeigt. Beispielsweise plante bis zum Massaker in der Schule von Erfurt die ARD in ihrem Programm die Krimis „Massaker im Morgengrauen“, „Mord nach Schulschluß“, „Mörderisches Klassenzimmer“ und „Terror an der Schule“. Mit uns wird es solche Gewaltdarstellungen in den Medien und besonders die Finanzierung durch öffentliche Gelder nicht mehr geben.

9) Für eine schuldenfreie Zukunft - ja zu ausgeglichenem Landeshaushalt

Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann nachhaltig, wenn die Staatsausgaben, zumindest die des Verwaltungshaushalts, aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Es geht nicht an, unsere Kinder und Enkel mit Schulden des Landes zu belasten, damit wir mehr konsumieren können.

Es muß zusätzlich auch dann als Nettokreditaufnahme gelten, wenn das Land Mittel vom Vermögenshaushalt dem Verwaltungshaushalt zuführt, d.h. Besitz verkauft zugunsten von Konsum. Bei Vermögenswerten dürfen keine zu niedrigen Abschreibungen vorgenommen werden.

Der von der bisherigen Regierung beschrittene Weg der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen (z.B. der Kliniken) ist nicht weiter zu beschreiten, vielmehr im Rahmen des Möglichen rückgängig zu machen.

Das Haushaltsdefizit des Landes ist durch folgende Maßnahmen auf Null abzubauen:

- Der Länderfinanzausgleich muß neu geordnet werden, da fast 20% des Landeshaushalts in die ärmeren Bundesländer fließen. Das ist viel zu viel. Solidarität ist uns wichtig, jedoch in angemessener Höhe. Ein Zusammenschluß der traditionell ärmeren Stadtstaaten mit ihren Nachbarbundesländern würde enorme Einsparungen im Verwaltungsapparat mit sich bringen.
- Die Hilfe des Bundes und des Landes für Entwicklungsländer ist in Zusammenarbeit mit effizient arbeitenden Hilfsorganisationen auszubauen.
- Wir wollen auf die Finanzierung von Prestigeobjekten generell zu verzichten.
- Die Haushalte sind auf sinnvolle Einsparmöglichkeiten zu durchforsten

- Energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Schattenwirtschaft
- Antizyklische Politik besteht darin, in Jahren wirtschaftlich eher mäßigen Bedingungen- wie derzeit- auf gar zu große Kürzungen zu verzichten, während in fetteren Jahren auf die Rücklagenbildung großer Wert zu legen ist.
- Kleinbetriebe und Mittelstand als Hauptinvestoren fördern.
- Nahezu sämtlichen Kleinunternehmern und der mittelständischen Wirtschaft, ist über Landesbürgschaften zu billigen Krediten (Niveau der Landesanleihen) zu verhelfen. Ausnahme: Unternehmen, die ethisch besonders problematische Produkte erzeugen oder völlig unsolide wirtschaften.
- Existenzgründern ist pro eingesetztem Eigenkapital mit einem in der Höhe davon proportional abhängigen zinslosen oder zinsgünstigen (max. Höhe: Inflationsrate) Landesdarlehen zu helfen, das sichert zudem eine gewisse Eigenkapitalquote. Bezüglich der Solidität sind bei innovativen Unternehmen großzügigere Maßstäbe anzusetzen als bei Unternehmen in Traditionsbereichen. Die Ausfälle dürften durch die Mehreinnahmen aufgrund geretteter Arbeitsplätze/ Unternehmen mindestens kompensiert werden.
- Bei Wirtschaftsförderungen sind besonders die strukturschwachen Gebiete, d.h. Nord- und Mittelhessen sowie die ländlichen Räume, zu berücksichtigen, außerdem insbesondere umweltfreundlich produzierende Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen.
- Initiativen zur kreisübergreifenden Zusammenarbeit, auch in der Wirtschaftsförderung (z.B. Marburg / Gießen / Wetzlar / Weilburg)
- Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe in strukturschwachen Regionen (mit einer hohen Arbeitslosigkeit, geringen Kaufkraft und hoher Verschuldung) in Hessen u.a. durch die Einführung von Regionalgeldern als Währungen, die nur in der Region gültig ist. Umgesetzt wird dies mit einem Regionalgeld als Gutschein (Tauschmittel), der vor Ort bleibt und die lokale Wirtschaft belebt, denn er ergänzt das sich langsam vom Markt zurückziehende Geld (Deflation). Mit dem Geld-Gutschein haben die Bürger unmittelbar Einfluß auf den Wirtschaftskreislauf von Stadt und Umland.

So wählen, daß Zukunft bleibt!
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



Politik, die aufgeht. ödp.

Ökologisch-Demokratische Partei

Landesverband Hessen

Talstrasse 32B, D-60437 Frankfurt

Telefon 069 - 50 68 96 73

e-mail: Bernd.Herold@yahoo.de

<http://www.oedp-hessen.de>

ÖDP-Landespartei-kasse

GLS Gemeinschaftsbank eG

BLZ 430 609 67

Kontonummer: 803 990 8100